

Krüger, Reinald

**Article — Digitized Version**

## EKO Stahl: Neue Überkapazitäten?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Krüger, Reinald (1994) : EKO Stahl: Neue Überkapazitäten?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 6, pp. 276-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137129>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Nach dem Rückzug der italienischen Riva-Gruppe als Käufer der EKO Stahl AG ist Eisenhüttenstadt – abgesehen von den Betrieben in Burg und Gröditz, die zunächst in eine Management KG überführt wurden – weiterhin der einzige ostdeutsche Stahlstandort, der noch nicht verkauft werden konnte. Bis auf das Walzwerk in Finow, das erst im August 1993 veräußert wurde, waren alle anderen Stahlunternehmen spätestens 1992 aus der Verantwortung der Treuhandanstalt entlassen. Damit ist die Privatisierungsbilanz für die ostdeutsche Stahlindustrie durchaus als erfolgreich zu charakterisieren.

Hervorzuheben ist die Privatisierungsleistung nicht zuletzt deswegen, weil seit langem immer wieder strukturelle Überkapazitäten auf die internationalen Stahlmärkte drücken. Diese haben ihre Ursachen in hohen Marktaustrittskosten. Da die Kapazitäten aufgrund erheblicher economies of scale groß ausgelegt, gleichzeitig in beträchtlichem Maße irreversibel und überdies regional stark konzentriert sind, sind nicht nur die sachlichen, sondern auch die personellen Ressourcen wenig flexibel. Die Stilllegung von Überkapazitäten wird damit nicht nur durch die Kapitaleigner hinausgezögert, sondern auch durch die politischen Instanzen, die zur Vermeidung von regionaler Arbeitslosigkeit durch Subventionen den Verbleib heimischer Unternehmen zu Lasten anderer Standorte zu sichern suchen.

Wenn trotzdem für nahezu alle Stahlstandorte in den neuen Bundesländern Käufer gefunden werden konnten, bleibt zu fragen, warum mit Eisenhüttenstadt gerade derjenige Standort, der wohl am nachhaltigsten die Wirtschaftsstruktur der ihn umgebenden Region bestimmt, fast vier Jahre nach Vollzug der Wirtschafts- und Währungsunion noch immer im Portfolio der Treuhandanstalt ist. Ein Mangel an potentiellen Erwerbern war jedenfalls nicht gegeben, zumal den Investoren umfangreiche Modernisierungshilfen angeboten wurden.

Zumindest dreimal schien die Zu-



Reinald Krüger

## EKO Stahl: Neue Überkapazitäten?

kunft der EKO auch gesichert zu sein. So galt im Sommer 1992 der Verkauf an die Krupp Stahl AG als beschlossene Sache. Nachdem Krupp aber wenige Monate später als Erwerber ausgestiegen war, plante die Treuhandanstalt, EKO in eigener Regie zu einem modernen Stahlwerk auszubauen. Als dieses Vorhaben im April 1993 aus beihilferechtlichen Gründen am Widerstand der EG-Kommission scheiterte, kam schließlich Riva zum Zuge. Nachdem die Italiener nach fast einjährigen Verhandlungen mit der Treuhandanstalt aus wohl nicht zu klärenden Gründen die EKO-Privatisierung platzen ließen, stehen nun für die betroffenen Arbeitnehmer und für weite Teile der ostdeutschen Bevölkerung die vermeintlich Schuldigen für das EKO-Desaster fest: die Treuhandanstalt und die EG-Kommission.

Diese Schuldzuweisung verkennt allerdings die komplexen Zusammenhänge, die beim Verkauf der ostdeutschen Stahlindustrie im allgemeinen und bei der EKO-Privatisierung im besonderen gegeben waren. Gemäß ihrer Strategie in strukturschwachen Branchen war die EG-Kommission nur bei einem essentiellen Abbau der Gesamtkapazitäten bereit, Subventionen zur Umstrukturierung zu genehmigen. Im Mittelpunkt aller drei EKO-Sanierungsversuche stand aber gerade der Aufbau einer bislang fehlenden Warmwalzstufe. Damit wären im Bereich der Warmwalzprodukte

neue Kapazitäten entstanden, bei denen EU-weit gravierende Überkapazitäten bestehen.

Nachdem die EKO der letzte zu privatisierende Standort ist, die bereits verkauften Betriebe mit Kapazitätsquoten ausgestattet worden sind und die Bundesregierung sich mit der EG-Kommission auf eine Gesamtstahlkapazität für die neuen Bundesländer verständigen mußte, scheint sich für Eisenhüttenstadt das geflügelte Wort zu bestätigen, daß „den letzten die Hunde beißen“. Denn um neue Warmwalzkapazität zu schaffen, muß an anderer Stelle in Deutschland Warmwalzkapazität stillgelegt werden. Auch die Riva-Gruppe kam wohl deshalb als EKO-Käufer in Betracht, weil sie die Stilllegung einer Kapazität von 800 000 t am zuvor erworbenen Standort Hennigsdorf offerieren konnte.

Da sich zukünftig vermutlich kein Erwerber finden wird, der kompensierende Kapazitätsstilllegungen anbietet, stellt sich die Frage, ob ein Kapazitätsaufbau bei EKO auch ohne Kompensation durchsetzbar wäre, zumal die zusätzliche Kapazität im europäischen Rahmen gering ist. Dies scheitert aber daran, daß auf europäischer Ebene die Beihilfepläne für EKO mit wesentlich umfangreicheren Beihilfeforderungen von spanischen und italienischen Stahlunternehmen verknüpft wurden. Bei einem Verzicht auf die kompensierende Stilllegung für EKO wären damit auch Stilllegungen für die südeuropäischen Unternehmen fraglich, bei denen es um erheblich größere Überkapazitäten geht.

Wenn nicht ganz auf die Warmwalzstufe und damit auf unmittelbare EKO-Arbeitsplätze verzichtet werden soll, hängt das Schicksal des Stahlstandortes Eisenhüttenstadt letzten Endes davon ab, ob seitens der Bundesregierung den europäischen Partnern doch noch verständlich gemacht werden kann, daß die Bewältigung der Transformationskrise in Ostdeutschland eine andere Qualität besitzt als die Lösung der Strukturprobleme in etablierten Marktwirtschaften.